

Frau Dr. Christiane Köhler	auf Vorschlag der CDU
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Frau Heide Lore Puttkamer	auf Vorschlag der CDU
Herr Frank Schneider	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Walter Schulz	auf Vorschlag der SPD

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes Köln und Region	
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband	
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.	
Herr Peter Krücker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.	als Sachverständiger nach § 36 GeschO bis 16:55 Uhr anwesend
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz	ab 17:45 Uhr abwe- send

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertretung	
Herr Viktor Ostrowski	auf Vorschlag des Integrationsrates	
Herr Carl-Wilhelm Rößler	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	ab 16:45 Uhr abwe- send
Herr Stefan Meschig	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender	

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst	V
Frau Ina-Beate Fohlmeister	V/2
Frau Carolin Herrmann	503
Herr Klaus Müller-Starman	50/0 ARGE
Herr Hans-Jürgen Oster	501
Frau Elisabeth Ostermann	53
Frau Johanna Preßmar-Cuber	V/1
Frau Marita Reinecke	V/3
Frau Sylvia Rucker	62
Herr Michael Schleicher	56 + 5620

Schriftführerin

Frau Claudia Kutzer	V/1
---------------------	-----

Der Ausschussvorsitzende Herr Kluth schlägt die Erweiterung der Tagesordnung um die fett gedruckten Punkte 0., 3.3, 4.13 bis 4.19, 5.2, Änderungsantrag zu 7.1, Antwort zu 8.1.1, 8.2.1, 8.2.2, 9.7 und 11.4 bis 11.6 vor.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren sind mit der so geänderten Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 0. Beschluss über die Hinzuziehung von Herrn Peter Krücker (Caritasverband für die Stadt Köln) als Sachverständiger gem. § 36 GeschO**
- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
 - 3.1 Anfrage des RM Helling im Ausschuss für Soziales und Senioren am 08.06.2009
Verbesserung der Bürgerbeteiligung
2968/2009
 - 3.2 Umsetzung des Konjunkturprogramms II
2947/2009
 - 3.3 Stellungnahme zum Rechenschaftsbericht des Ordnungsamtes der Stadt Köln für das Jahr 2007
2956/2009
- 4 Mitteilungen**
 - 4.1 Gesundheitsbericht 2009 Kindergesundheit im Vorschulalter
1623/2009
 - 4.2 Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt
Jahresstatistik 2008
2378/2009
 - 4.3 Gesundheitsamt stellt neue Stadtteilrundgänge durch Poll und Vogelsang vor
2492/2009
 - 4.4 Tarifangelegenheiten der SBK gGmbH
2658/2009

- 4.5 Konjunkturpaket II
hier: Festlegung der Maßnahmen der 2. Tranche, Benennung von Ersatzmaßnahmen
2635/2009
- 4.6 Stärken vor Ort
Mitteilung über die Ratsvorlage zur Durchführung eines Nachfolgeprogramms von LOS 'Lokales Kapital für soziale Zwecke' in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) für die Stadtgebiete Chorweiler/Seeberg-Nord, Bocklemünd/Mengenich, Finken-berg/Gremberhoven, Kalk und Meschenich
2894/2009
- 4.7 Das Kölner Buch der Religionen
2910/2009
- 4.8 Erhalt der Überlebensstation Gulliver
2965/2009
- 4.9 Pflegestützpunkte
hier: Optimierte Zusammenarbeit der Pflege-/Krankenkassen und der Stadt Köln/Amt für Soziales und Senioren zur Beratung, Versorgung und Betreuung älterer Pflegebedürftiger
2786/2009
- 4.10 "Menschen ohne Papiere" - finanzielle Unterstützung der Beratungslandschaft und des Fonds "Armenbett für Menschen ohne Krankenversicherung"
3133/2009
- 4.11 Lebensqualität trotz Altersarmut
1286/2009
- 4.12 Bekanntgabe des Beschlusses des Integrationsrates vom 09.06.2009 zur Beschlussvorlage 2251/2009 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2009. Förderanträge: Islamischer Kulturverein e.V., Jugendhilfe Afrika 2000 e.V., Klezmer und Ästhetik Akademie Integrations- und Begegnungszentrum e.V.
3229/2009
- 4.13 Bericht über den Einsatz des Wohnungsversorgungsbetriebs der Stadt Köln im Rahmen des Unglücks Severinsstraße
3322/2009
- 4.14 Antirassismus-Training: Bericht 2008
3318/2009
- 4.15 Teilnahme von wohnungslosen Menschen an der Kommunal- und Bundestagswahl 2009
3231/2009

- 4.16 " Wir Im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel
hier: Erfahrungsbericht 2008/ 2009
3467/2009
- 4.17 Verbraucherberatungsstelle Köln der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Hier: Verbraucherinsolvenzberatung
3234/2009
- 4.18 Gremium zur Umsetzung des Förderkonzeptes interkulturelle Kunstprojekte
3394/2009
- 4.19 Jubiläum der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Köln
3558/2009

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

- 5.1 Steuerungsmaßnahmen zur Einhaltung des Eingliederungshaushalts 2009 der ARGE Köln
hier: Beantwortung von Anfragen aus der Sitzung vom 08.06.2009
3185/2009
- 5.2 Sachstandsbericht ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
3392/2009

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 7.1 Kosten für Schwangerschaftsverhütung bei Frauen mit besonderen sozialen und psychosozialen Schwierigkeiten
hier: Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.07.2009
AN/1222/2009

Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 17.08.2009 zum gemeinsamen Antrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
AN/1242/2009

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

- 8.1.1 Entwicklung von "Suppenküchen" in Köln
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2009
AN/0700/2009

Antwort der Verwaltung
3351/2009

- 8.1.2 Präventions- und Beratungsarbeit im Bereich männlicher Prostitution
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.06.2009
AN/2560/2008
- 8.2 Aktuelle Anfragen
 - 8.2.1 Einbehalt der Beiträge für Krankenkasse und Rentenversicherung durch die ARGE
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 14.08.2009
AN/1302/2009
 - 8.2.2 Aufgabe und Bedeutung der Verbraucherzentrale für die Stadt Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.08.2009
AN/1231/2009
- 9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO**
 - 9.1 Anerkennung als Interkulturelles Zentrum hier: Antrag Offene Welt - Italienische Kultur im Dialog e.V., Zugweg 22, 50677 Köln
2129/2009
 - 9.2 Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Gemeinwesenarbeit 2009: Fördervorschläge der Verwaltung (Teil 3)
2743/2009
 - 9.3 Veränderung der Antragsfristen sowie Auszahlungsmodalitäten für die Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozial- und Gesundheitsbereich
2768/2009
 - 9.4 Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich 2009
2876/2009
 - 9.5 Vergabe von Mitteln für Antirassismus-Training, hier: Untersuchung "Zur gesellschaftlichen Relevanz des Rechtsextremismus im türkischen Milieu allochthoner Jugendlicher und Heranwachsender"
2951/2009
 - 9.6 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum, hier: Logos-Verein für russische Kultur und Bildung e.V., Homarstr. 64, 51107 Köln
3271/2009
 - 9.7 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training
3464/2009

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

- 10.1 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel
hier: Restfinanzierung begonnener Maßnahmen
3393/2009

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 11.1 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren 2009 - Verteilung bisher nicht verausgabter Fördermittel -
3181/2009
- 11.2 Schaffung von Wohnraum im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Mündelstraße 52, 51065 Köln (Mülheim).
4846/2008
- 11.3 Schaffung von Wohnraum im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Morkener Straße 20, 50767 Köln (Heimersdorf).
5074/2008
- 11.4 Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
hier: Erfahrungsbericht und Entscheidung über Erweiterung der Zahl der stimmberechtigten Mitglieder
2901/2009
- 11.5 Bürgerzentrum Chorweiler - Kosten für Erneuerungs- und Sanierungsmaßnahmen
3105/2009
- 11.6 0801/2009
Toilettenkonzept

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

- 12.1 Resolution zur "Barrierefreien Gestaltung des Bahnhofes Deutz/Messe"
hier: Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus der Sitzung am 04.09.2008
4104/2008

13 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

0. Beschluss über die Hinzuziehung von Herrn Peter Krücker (Caritasverband für die Stadt Köln) als Sachverständiger gem. § 36 GeschO

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, Herrn Peter Krücker gemäß § 36 GeschO als Sachverständigen für die heutige Ausschusssitzung hinzuzuziehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Anfrage des RM Helling im Ausschuss für Soziales und Senioren am 08.06.2009 Verbesserung der Bürgerbeteiligung 2968/2009

Herr Kluth informiert zu Beginn über den Hintergrund dieser Mitteilung. Herr Kluth erklärt, dass die Vorschläge zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung bedauerlicherweise mit der Krise der städtischen Finanzmittel zusammentreffen. Die Verwaltung teile nun mit, dass die dafür benötigten Mittel von 626.700 € von der Kämmerei nicht freigegeben werden.

Herr Helling bittet, die Mitteilung mit einem Vermerk für die nächsten Ausschüsse zu versehen. Er regt an, alle Fraktionen aufzufordern, diese Mitteilung in den Haushaltsplanberatungen zu berücksichtigen.

Herr Helling hält diese Mitteilung für sehr wichtig, u.a. auch für die Sozialpolitik in Köln. Er führt weiter aus, dass die Mittel in Höhe von 626.700 € in den nächsten Jahren für eine verbesserte Bürgerbeteiligung in den Bereichen Stadtentwicklung, Sozia-

les, Jugend und Kultur eingesetzt werden sollen. Für die Punkte 1 – 13 der Liste seien zusätzliche Mittel erforderlich und daher politisch relevant. Alle anderen Punkte seien bereits beschlossen oder auch bereits finanziert.

Nach Mitteilung der Verwaltung könnten für einen Betrag in Höhe von 22.500 € die Maßnahmen 1, 5, 7, 8 und 9 verwirklicht werden. Herr Helling fragt, ob diese 22.500 € im Haushalt 2010 eingestellt werden können.

Herr Helling fügt abschließend hinzu, dass das restliche große Maßnahmenpaket dringend in den einzelnen Ausschüssen und den Haushaltsplanberatungen diskutiert werden sollte.

Frau Han erklärt, die 22.500 € seien bereits vom Amt des Oberbürgermeisters in den Haushalt eingestellt worden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt den nachfolgenden Ausschüssen, die Beratung über die Kosten der Maßnahmen zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung in die Haushaltsplanberatungen einfließen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

3.2 Umsetzung des Konjunkturprogramms II 2947/2009

Frau Dr. Köhler dankt der Verwaltung, dass Hilfen für seh- und hörbehinderte Menschen in den Bürgerhäusern vorgesehen werden. Sie fragt zur Seite 2, letzter Satz, warum ehrenamtlich geleitete Bürgerbegegnungsstätten nicht von dem Konjunkturpaket II profitieren können.

Frau Dr. Köhler bittet um eine Auflistung, bei welchen Begegnungsstätten die Verwaltung keine Maßnahmen geplant habe.

Herr Oster teilt mit, die Mittel des Konjunkturprogramms II seien nicht ausreichend, um alle Bürgerzentren und Bürgerhäuser zu bedienen. Die Verwaltung habe diesbezüglich eine Auswahl treffen müssen. Die Verwaltung habe sich bei der Barrierefreiheit auf die größeren Häuser konzentriert, da diese am stärksten frequentiert werden und die größeren räumlichen Möglichkeiten bieten. Außerdem sei hier die Spanne der Öffnungszeiten auch größer. Die Verwaltung beabsichtige nicht, kleinere Häuser zu benachteiligen.

Herr Oster sagt eine Auflistung der Begegnungsstätten zu, die nicht berücksichtigt werden konnten.

Frau Bredehorst erläutert die Hintergründe zur Verteilung der Mittel des Konjunkturpakets. Bei den von der Kämmerei zugeteilten Mitteln für das Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt sei eine klare Prioritätensetzung notwendig gewesen.

Herr Helling merkt an, bei den großen Bürgerzentren bestehe ein erheblicher Sanierungsbedarf. Dies betreffe sowohl den Energiebereich als auch die Bausubstanz und natürlich erst Recht die Barrierefreiheit. Herr Helling hält die Prioritätensetzung der Verwaltung für richtig.

3.3 Stellungnahme zum Rechenschaftsbericht des Ordnungsamtes der Stadt Köln für das Jahr 2007 2956/2009

Die Ausschussmitglieder nehmen die Beantwortung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4 Mitteilungen

4.1 Gesundheitsbericht 2009 Kindergesundheit im Vorschulalter 1623/2009

Frau Ostermann stellt zum Gesundheitsberichtes 2009 – Kindergesundheit im Vorschulalter ausgewählte Ergebnisse der Datenanalyse des Gesundheitsamtes der Stadt Köln, eine Darstellung der stadtteilbezogenen Situation und den sich daraus ableitenden Handlungsbedarf vor.

Die Präsentationsunterlagen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Kluth erklärt, es sei unerlässlich, mit Förderungen in allen notwendigen Bereichen bereits im frühkindlichen Alter zu beginnen. Dabei sei die frühkindliche Gesundheit ein wesentlicher Punkt, der auch in der nächsten Ratsperiode eine wichtige Aufgabe darstellen werde.

Frau Bredehorst betont, dass die Gesundheits- und Sozialverwaltung die eklatante Bedeutung des Zusammenhangs zwischen der gesundheitlichen Entwicklung von Kindern und sozialen Problemen aufzeigen wolle. Die in dem Gesundheitsbericht enthaltenen Daten für Köln belegen diesen Zusammenhang nochmals.

Frau Bredehorst merkt an, zu diesem Themenkreis habe das Gesundheitsamt bereits in einer früheren Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren mehrere Mitteilungen vorgestellt.

Frau Bredehorst weist darauf hin, dass viel stärker als bisher Schlussfolgerungen aus dem vielfältigen Datenmaterial für den sozialen Bereich gezogen werden müssen, z.B. für die Bereiche Arbeitslosigkeit, Jugenddelinquenz und Drogenhilfe. Dabei stelle die U 25 Konferenz einen ersten Schritt dar. Über die weiteren Ergebnisse der U 25 Konferenz werde die Verwaltung fortlaufend berichten.

4.2 Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt Jahresstatistik 2008 2378/2009

Herr Pohl (FDP) bittet um Erläuterungen zu den gestiegenen Zahlen der Strafanzeigen der Polizei und den Gründen für die geringe Zahl der Beratungsfälle. Weiterhin fragt er, warum zwischen den Zahlen der Strafanzeigen und den der Opfer eine so hohe Diskrepanz bestehe. Abschließend bittet er um Informationen, warum die Zahl der Opfer mit Migrationshintergrund abgenommen habe. Herr Pohl bedauert, dass die Täter mit Migrationshintergrund nicht erfasst werden.

Frau Bredehorst sagt eine Weiterleitung der Frage an die Jugendverwaltung zu.

**4.3 Gesundheitsamt stellt neue Stadtteilrundgänge durch Poll und Vogel-
sang vor
2492/2009**

Frau Bredehorst teilt mit, dass die Broschüren zur Mitteilung zusammen mit der Niederschrift an die Ausschussmitglieder verschickt werden.

**4.4 Tarifangelegenheiten der SBK gGmbH
2658/2009**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.5 Konjunkturpaket II
hier: Festlegung der Maßnahmen der 2. Tranche, Benennung von Er-
satzmaßnahmen
2635/2009**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.6 Stärken vor Ort
Mitteilung über die Ratsvorlage zur Durchführung eines Nachfolgepro-
gramms von LOS 'Lokales Kapital für soziale Zwecke' in Zusammenar-
beit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Ju-
gend (BMFSFJ) für die Stadtgebiete Chorweiler/Seeberg-Nord, Bockle-
münd/Mengenich, Finkenbergl/Gremberhoven, Kalk und Meschenich
2894/2009**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.7 Das Kölner Buch der Religionen 2910/2009

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.8 Erhalt der Überlebensstation Gulliver 2965/2009

Herr Kluth hält das bisherige Ergebnis für sehr erfolgreich.

Herr Helling dankt ebenfalls der Verwaltung für ihre geschickten Verhandlungen. Er betont, bei den hier genannten drei Varianten, sei die 1. Variante diejenige, die seines Erachtens anzustreben sei. Für die Arbeit von Gulliver sei es am Besten, wenn auch während der Umbauten die Arbeit dort weitergeführt werden könne. Dieser Standort sei optimal, selbst bei einer größeren Umgestaltung des Breslauer Platzes.

Herr Ensmann merkt an, dass die 3. Variante zu dem Ergebnis führen könnte, dass Gulliver nicht mehr an den ursprünglichen Standort zurückkehren könne. Er fragt nach den Hintergründen für diese Alternative.

Frau Bredehorst berichtet über die vermittelten Gespräche zwischen der Deutschen Bahn AG und Gulliver. Die Bahn könne zum heutigen Zeitpunkt noch keine Aussage über die zukünftige Situation treffen, da das Brandschutzkonzept noch nicht fertig gestellt sei. Daher wolle sich die Bahn nicht festlegen und keine bindenden Mietverträge abschließen. Frau Bredehorst betont, dies sei ein legitimes Interesse mit dem man umgehen müsse.

Das Interesse von Gulliver bestehe darin, möglichst an genau diesem Standort zu bleiben. Wenn dies aber nicht möglich sei, möchte Gulliver möglichst in Hauptbahnhofnähe Räumlichkeiten beziehen. Dies decke sich mit den Interessen der Stadt Köln.

Frau Bredehorst fasst die erzielten einvernehmlichen Gesprächsergebnisse zusammen. Bei Bedarf werden diese Gespräche unter ihrer Federführung fortgesetzt.

4.9 Pflegestützpunkte hier: Optimierte Zusammenarbeit der Pflege-/Krankenkassen und der Stadt Köln/Amt für Soziales und Senioren zur Beratung, Versorgung und Betreuung älterer Pflegebedürftiger 2786/2009

Herr Ensmann teilt mit, er unterstütze das Ergebnis der getroffenen Verabredungen. Er fragt, ob in der 4. Verhandlungsrunde am 19.08.2009 ein Ergebnis erzielt worden sei.

Frau Herrmann erklärt, die Verwaltung habe gestern ein sehr positives Gespräch mit den Pflegekassen geführt. Abschließende Vereinbarungen liegen noch nicht vor, weil viele gegensätzliche Interessen koordiniert werden müssen. Derzeit werde an einer

Formulierung für eine Vereinbarung gearbeitet. Frau Herrmann hofft, dass bis Anfang September eine unterschriftsreife Fassung vorgelegt werden könne.

**4.10 "Menschen ohne Papiere" - finanzielle Unterstützung der Beratungslandschaft und des Fonds "Armenbett für Menschen ohne Krankenversicherung"
3133/2009**

Herr Helling weist darauf hin, dass mit den in der Mitteilung aufgeführten Finanzmitteln die Lage der Stadt Köln und der illegalen Menschen erheblich verbessert werden könnte. Da diese Mittel jedoch in Anbetracht der Finanzkrise im Haushaltsplan nicht bereitgestellt werden können, bittet Herr Helling, die Mitteilung mit einem Vermerk für die weiteren Ausschüsse zu versehen. Er regt an, die Fraktionen aufzufordern, diese Mitteilung in den Haushaltsplanberatungen zu berücksichtigen.

Frau Wilden fragt, wie hoch die Zahl der Menschen ohne Papiere sei, die sich zurzeit in Köln aufhalten und wie die Tendenz für die Zukunft aussehe.

Frau Bredehorst erklärt, eine genaue Zahl könne die Verwaltung nicht nennen.

Herr Krücker hält das mitgeteilte Fazit für sehr bedauerlich. Der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen habe in einem einjährigen Prozess ein Ergebnis erarbeitet, dass die notwendigen Maßnahmen für die Organisation der Infrastruktur einer humanitären Hilfe in Köln darstelle.

Herr Krücker bittet die Fraktionen, sich diesem Thema in den kommenden Haushaltsplanberatungen anzunehmen.

Frau Wilden gibt zu bedenken, dass die Höhe des Betrages, der in den Haushalt eingestellt werden sollte, in Anbetracht der nicht bekannten Zahl der illegalen Personen ebenfalls nicht bekannt sein könne.

Frau Bredehorst teilt daraufhin mit, das Ergebnis sei in einer ausführlichen Sitzung einer Unterarbeitsgruppe einer Arbeitsgruppe des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen erarbeitet worden. Dort fließen natürlich die Erfahrungswerte von Beratungsstellen in Köln mit ein.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt den nachfolgenden Ausschüssen, die Beratung über die Kosten der Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung der Beratungslandschaft und des Fonds „Armenbett für Menschen ohne Krankenversicherung“ in die Haushaltsplanberatungen einfließen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

4.11 Lebensqualität trotz Altersarmut 1286/2009

Herr Dr. Heinen erklärt, inhaltlich sei der Verwaltungsvorschlag zu begrüßen. Jedoch hält er den Titel „Lebensqualität trotz Altersarmut“ für nicht gut gewählt. Außerdem sei es wünschenswert, alle Aspekte zum demographischen Wandel in einem einzigen Maßnahmenkatalog zu bündeln.

Frau Bredehorst nimmt die Anregung, einen anderen Titel zu suchen, gerne auf. Eine Integration in das Papier zum Thema demographischer Wandel falle jedoch sehr schwer. Zu dem Thema demographischer Wandel gehören mehr Aspekte als nur das Thema Alter. Hierzu gibt Frau Bredehorst einige Erläuterungen.

Die Sozialverwaltung arbeite sehr intensiv bei der Erarbeitung der Konzeption zum demographischen Wandel mit, aber es handele sich hierbei nur um einen Teilbereich des Aufgabenquerschnitts aller beteiligten Ämter. Frau Bredehorst befürchtet, wenn nur ein Konzept erarbeitet werde, gehe der spezifische Ansatz für den Sozialbereich dabei unter. Selbstverständlich werde die Sozialverwaltung die Ergebnisse der Konzeption zur Altersarmut in das Konzept zum demographischen Wandel einbringen.

Herr Dr. Heinen teilt mit, auf Grund der hohen Schnittmenge der Bereiche hält er ein gebündeltes Vorgehen für sehr wichtig.

Herr Pohl (FDP) stimmt mit der Verwaltung überein, das Thema Altersarmut besonders herausstellen zu wollen. Er halte daher den Weg dahin für richtig.

Herr Pohl fragt, warum das Modellprojekt erst im Oktober beginnen wird.

Frau Bredehorst erklärt, die Ursachen des dargestellten Zeitplans liegen bei der personellen Unterbesetzung und der schwierigen Haushaltslage.

4.12 Bekanntgabe des Beschlusses des Integrationsrates vom 09.06.2009 zur Beschlussvorlage 2251/2009 Verteilung der Mittel zur Förderung von In- terkulturellen Zentren für das Jahr 2009. Förderanträge: Islamischer Kul- turverein e.V., Jugendhilfe Afrika 2000 e.V., Klezmer und Ästhetik Aka- demie Integrations- und Begegnungszentrum e.V. 3229/2009

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.13 Bericht über den Einsatz des Wohnungsversorgungsbetriebs der Stadt Köln im Rahmen des Unglücks Severinsstraße 3322/2009

Die Ausschussmitglieder loben den Einsatz des Wohnungsversorgungsbetriebs im Rahmen des Unglücks an der Severinsstraße.

Herr Schleicher erklärt, die Verwaltung wolle mit diesem Bericht bei allen technischen Problemen auch an die betroffenen Menschen erinnern.

Inzwischen seien alle Personen zur Zufriedenheit versorgt worden. Es habe bis zu 500 Wohnungsangebote gegeben. Das Spendenaufkommen betrage 176.000 €. Weitere Spenden werden noch erwartet, so dass insgesamt Spenden von über 200.000 € an die Betroffenen verteilen können.

Weiter berichtet Herr Schleicher, dass es in der Katastrophenschutzeinrichtung gerade die 4.000ste Übernachtung von Archivhelferinnen und Archivhelfern gegeben habe.

4.14 Antirassismus-Training: Bericht 2008 3318/2009

Herr Kellner bedankt sich für diese ausführliche Berichterstattung. Insbesondere weist er auf den Bericht zu dem Projekt in Köln-Nippes hin.

Frau Wilden regt an, neben der Bekämpfung des Rechtsextremismus auch den Linksextremismus zu bekämpfen.

Frau Bredehorst stellt daraufhin fest, die Verwaltung habe dem Ausschuss einen Bericht zum Antirassismus vorgelegt.

Herr Pohl (FDP) fragt, wofür die Zuschussmittel in Höhe von 20.000 € für das NS-Dokumentationsmittel ausgegeben worden seien. Er bittet, den Verwendungsnachweis über die Ausgaben vorzulegen.

Die Antwort der Verwaltung erfolgt als Anlage zur Niederschrift im nicht öffentlichen Teil.

4.15 Teilnahme von wohnungslosen Menschen an der Kommunal- und Bundestagswahl 2009 3231/2009

Herr Pohl (FDP) fragt, wie viele wohnungslose Menschen sich für eine Teilnahme an der Wahl haben eintragen lassen.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

4.16 "Wir Im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel hier: Erfahrungsbericht 2008/ 2009 3467/2009

Frau dos Santos Herrmann fragt zu Punkt 6.2 des Erfahrungsberichtes, wie hoch die Einsparungen der Kommune durch diese Beschäftigungsmaßnahme seien.

Herr Oster sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**4.17 Verbraucherberatungsstelle Köln der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Hier: Verbraucherinsolvenzberatung
3234/2009**

Herr Ensmann fragt, ob dies ebenfalls ein Thema für die Haushaltsplanberatungen sei.

Frau Bredehorst berichtet, dass für diese zusätzliche Finanzierung nicht unbedingt über die Stadt Köln erfolgen müsse. Die Verwaltung sei insofern bereits aktiv geworden und habe das Ministerium, den Städtetag und den Vorstand der Kreissparkasse über die Problematik informiert und werde den weiteren Verlauf begleiten.

**4.18 Gremium zur Umsetzung des Förderkonzeptes interkulturelle Kunstprojekte
3394/2009**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.19 Jubiläum der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Köln
3558/2009**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

**5.1 Steuerungsmaßnahmen zur Einhaltung des Eingliederungshaushalts
2009 der ARGE Köln
hier: Beantwortung von Anfragen aus der Sitzung vom 08.06.2009
3185/2009**

Frau Hollmann fragt, ob und inwiefern neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ARGE auch die Träger, die die ARGE unterstützen, zur Verbesserung der Integrationsquote beitragen.

Herr Müller-Starmann erklärt, dies sei selbstverständlich der Fall.

Frau Bredehorst erläutert die Gründe, warum die Formulierung in der heute vorliegenden Mitteilung in genau dieser Weise erfolgt sei. Frau Bredehorst berichtet, dass die Mittel des Eingliederungstitels nicht mehr für die Arbeit der ARGE ausgereicht haben, da das Instrument des Eingliederungszuschusses mehr angestiegen sei, als geplant war. Aus den Reihen der Liga und der Träger sei in der letzten Ausschusssitzung die Frage aufgekommen, dass diese Entwicklung bei der ARGE nicht nachvollzogen werden konnte, da der Eingliederungszuschuss bei den Trägern ungefähr gleich geblieben sei.

Frau Bredehorst fasst die Hintergründe, die zu einer anderen Entwicklung bei der ARGE geführt haben, zusammen. Sie fügt hinzu, da die Vermittlungstätigkeit bei der ARGE kontinuierlich gestiegen sei, sei dieses Instrument auch wesentlich stärker genutzt worden. Daher habe die ARGE die diesjährige Planung ändern müssen, um dem entgegenzusteuern. Eine daraufhin eingeführte dreimonatige Besetzungssperre bei den Integrationsjobs habe jedoch zu viel Unmut geführt.

Frau Bredehorst betont, die Arbeit der freien Träger sollte durch diese Mitteilung keinesfalls herabgewürdigt werden.

Herr Kersjes fragt, ob die Zahl der Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante im Januar 2009 in Höhe von 1.557 Kunden eine geplante Zahl gewesen sei, die man im Haushalt hätte einplanen können und welche Ursachen hierfür vorlagen.

Herr Kersjes bittet weiter um Auskunft, wie die Ausgaben bei den Mehraufwandsvarianten im Vergleich zum letzten Jahr aussehen. Herr Kersjes merkt an, dass dieses Instrument bereits im letzten Jahr zu Besetzungsquoten von nur 75 bis 80% geführt habe. Es scheine, dass das Instrument in diesem Jahr weniger als im Vorjahr genutzt werde.

Außerdem fragt Herr Kersjes, wie die Prognose für die „Sonstigen weiteren Leistungen“ für das nächste Jahr aussehe.

Frau Dierksmeier möchte wissen, was sich hinter dem Betrag für die freie Förderung verberge.

Herr Müller-Starmann erklärt zur ersten Frage von Herrn Kersjes, die Zahl sei nicht nur gesteuert gewesen, sondern das Ergebnis der Haushaltslage aus dem Spätsommer / Frühherbst des letzten Jahres. Als erkennbar wurde, dass die ARGE in eine erhebliche Nichtverausgabung von Mitteln erzielen würde, sei als eines der Steuerungsinstrumente die Entgeltvariante genutzt worden. Die als Steuerungsinstrument genutzten Entgeltvarianten seien gezielt eingesetzt worden und sehr kurz befristet gewesen. Herr Müller-Starmann betont, dies sei jedoch nicht das entscheidende Problem des Haushalts gewesen. Im Haushalt 2009 befinden sich auch eine ganze Reihe von Entgeltvarianten für besondere Zielgruppen (z.B. für ältere Menschen). Ob die ARGE sich dieses Verfahren auch in Zukunft weiterhin leisten könne, müsse mit allen Beteiligten im Blick auf den Haushalt 2010 diskutiert werden.

Herr Müller-Starmann informiert, dass die Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante insgesamt gestiegen seien. Berücksichtigt worden sei die Tatsache, dass die ARGE kurzfristige Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante in einer ziemlich großen Zahl gehabt habe.

Zu den auslaufenden „Sonstigen weiteren Leistungen“ verweist Herr Müller-Starmann auf eine Gesamtplanung, die beinhalte, wie für alle „Sonstigen weiteren Leistungen“ die weitere Entwicklung aussehe, d. h. welche sich bewährt haben und welche weitergeführt werden sollen. Herr Müller-Starmann betont, es sei nicht so, dass einige Leis-

tungen komplett aufhören werden. Eine Ausnahme stelle JobPromote dar. Hier werde die ARGE gemeinsam mit den Trägern überlegen, wie die Maßnahme in Zukunft weiter gehandhabt werden könne.

Bei der freien Förderung seien zurzeit die Maßnahmen enthalten, die innerhalb des Gesamtpakts des § 46 sehr viel möglich machen. Herr Müller-Starmann erklärt, die freie Förderung bedeute jedoch nicht, dass keine Ausschreibung erfolgen müsse.

Herr Müller-Starmann fügt hinzu, mit der freien Förderung könne man Maßnahmen finanzieren, die nicht durch das Regelinstrumentarium abgedeckt werden. Derzeit fließen die Mittel der freien Förderung eher in kleinere Maßnahmen, z. B. zur VHS für den Erwerb des Hauptschulabschlusses.

Herr Müller-Starmann fügt hinzu, nach jetziger Planung werde die ARGE zum Haushalt 2010 ca. 1 Mio. € in der freien Förderung veranschlagen.

5.2 Sachstandsbericht ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln 3392/2009

Herr Ensmann macht deutlich, dass er mit diesem Bericht sehr zufrieden sei und dankt der ARGE.

Frau Bredehorst hebt hervor, dass es sich hier um ein Benchmarking, also den Vergleich mit anderen ARGEN handele. Die anderen ARGEN haben eine ähnliche Entwicklung wie die Kölner ARGE durchgemacht. Die Mittel, die für den Verwaltungsetat zu Verfügung stehen, sei bei allen ARGEN gleich, da die Höhe sich an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften bemesse. Frau Bredehorst erklärt, das gute Ergebnis sei nicht darauf zurückzuführen, dass die ARGE Köln nun mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe, da dies auch für die anderen ARGEN im Benchmarking gelte.

Frau Bredehorst teilt mit, in diesem Bericht werde auch dargestellt, wie sich die Situation mit den konkreten Kritikpunkten der Rückstände und Widerspruchsbearbeitung zurzeit darstelle. Frau Bredehorst erklärt, die ARGE habe es geschafft, mit den diversen Maßnahmen, die dem Ausschuss bereits vorgestellt wurden, tatsächlich eine konsolidierende Situation in der ARGE herzustellen.

Frau Bredehorst fügt hinzu, nicht zufriedenstellend sei die ungeklärte Zukunftssituation der ARGE. Diese Situation führe nicht zur Beruhigung der Mitarbeiterschaft der ARGE. Man könne bereits wieder eine erhöhte Fluktuation feststellen, was städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreffe. Beide Träger versuchen zwar, dem entgegen zu wirken und die freien Stellen nachzubesetzen. Frau Bredehorst betont, die Nachbesetzungen erfolgen durch extern eingestellte, nicht ausgebildete Personen.

Frau Bredehorst ergänzt abschließend, die Verwaltung könne die Rahmenbedingungen selbst nicht ändern.

Herr Ensmann merkt an, die Problematik mit den Rahmenbedingungen sollte von dem positiven Ergebnis des vorliegenden Berichts getrennt werden, da weder die Führung noch die Mitarbeiterschaft auf die Rahmenbedingungen Einfluss nehmen könne.

Frau Dierksmeier hält die derzeitige Fluktuation für bemerkenswert hoch. Sie fragt, ob es Informationen darüber gebe, wie lange die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Durchschnitt in der ARGE verweilen, um zu erfahren, ob die Abwanderungen nur mit

der unsicheren Zukunft zusammenhängen oder ob es evtl. auch noch andere Bedingungen gebe, die die ARGE beeinflussen könne.

Frau Dierksmeier befürwortet, dass die Zahl der Rückstände abnehme und die Widersprüche abgearbeitet werden. Es sei jedoch immer noch so, dass in 45 % der Sozialgerichtsverfahren den Klägern Recht zugesprochen werde. Das deute darauf hin, dass die Bescheide der ARGE noch nicht optimal seien.

Herr Müller-Starmann gibt zu, es gebe immer noch eine Reihe von Problemen. Die ARGE befinde sich jedoch bei den Postrückständen und Widerspruchsbearbeitungen auf einem guten Weg, diese Rückstände zu senken. Für Juli gebe es eine durchschnittliche Bearbeitungszeit in der Widerspruchsstelle von 1,6 Monaten.

Es sei jedoch so, dass statistisch betrachtet, das gesamte Personal der ARGE innerhalb von sechs Jahren wechsele, wenn die Fluktuationsquote sich nicht ändere. Problematisch sei, dass die ARGE in der Regel Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Erfahrung verlassene. Andererseits könne man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern keinen Wechsel verwehren, wenn sie eine Beförderungsstelle angeboten bekommen.

Herr Müller-Starmann teilt abschließend mit, die ARGE werde zur Verweildauer des Personals in der ARGE eine Statistik erstellen.

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

Frau Reinecke teilt zu dem Thema barrierefreier Wahllokale mit, dass es bei der Kommunalwahl ca. 800 Wahllokale geben werde. Auf den Wahlbenachrichtigungen gebe es nun einen Hinweis, ob das betreffende Wahllokal rollstuhlgerecht sei oder nicht. Nur ca. 40% der Wahllokale seien derzeit rollstuhlgerecht. Das Büro der Behindertenbeauftragten werde die Kommunalwahl für eine weitere Befragung der Wahlvorstände nutzen, um auch die Rückmeldungen der bisher fehlenden Wahllokale zu erhalten. Frau Reinecke ergänzt, auch im Internet seien Informationen über rollstuhlgerechte Wahllokale erhältlich.

Frau Kleinpaß-Börschel teilt mit, im Leitfaden für Wahlvorstände sei ein Verfahren vermerkt, wie die Wahlhelfer eines nicht rollstuhlgerechten Wahllokals verfahren sollen, wenn eine Rollstuhlfahrerin bzw. ein Rollstuhlfahrer wählen möchte.

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

7.1 Kosten für Schwangerschaftsverhütung bei Frauen mit besonderen sozialen und psychosozialen Schwierigkeiten hier: Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.07.2009 AN/1222/2009

Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 17.08.2009 zum gemeinsamen Antrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen AN/1242/2009

Herr Helling begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Ensmann erklärt, die CDU-Fraktion unterstütze inhaltlich den gemeinsamen Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Allerdings sollte diese Kostenübernahme mit bestimmten Grenzen verbunden sein, die unter drei Punkten im Änderungsantrag formuliert seien. Herr Ensmann begründet die drei Kriterien des Änderungsantrags und bittet, diesen auch im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadt Köln zu beschließen.

Herr Pohl (FDP) lehnt sowohl den gemeinsamen Antrag als auch den Änderungsantrag ab. Die FDP Fraktion verfolge einen ganz anderen Ansatz und hält den Einsatz von Kondomen für sinnvoller.

Herr Pohl regt an, dieses Thema nach der Kommunalwahl erneut zu diskutieren. Es müsse geklärt werden, was passiere, wenn die Gesamtsumme der Kostenübernahme von 150.000 € aufgebraucht worden sei.

Herr Kluth teilt mit, im Vorfeld des Antrages habe er sich unter anderen bei Herrn Dr. Leidel intensiv über das Thema informiert. Auch in anderen Städten werden die Kosten für Schwangerschaftsverhütung bei Frauen mit besonderen sozialen und psychosozialen Schwierigkeiten erstattet. Die im Antrag vorgeschlagene Verfahrensweise stelle einen Einstieg dar, um eine Hilfe für Frauen mit diesen besonderen Schwierigkeiten zu ermöglichen. Nach den ersten Erfahrungen bleibe dann abzuwarten, ob die Form und Höhe der Mittel ausreichend sei.

Herr Kluth ist der Auffassung, dass das von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Verfahren einen zusätzlichen Aufwand darstelle, der das Verfahren zu sehr erschwere und problematisiere. Daher erklärt Herr Kluth, die Antragsteller werden den Änderungsantrag der CDU nicht übernehmen.

Herr Kluth stellt zunächst den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Kostenübernahme für Schwangerschaftsverhütungsmittel bei Frauen mit sozialen oder psychosozialen Schwierigkeiten aus Mitteln des Sozial Etats, sofern

- die sozialen oder psychosozialen Schwierigkeiten ärztlich attestiert werden
und
- eine „Bedürftigkeit“ im Sinne des SGB II bzw. SGB XII vorliegt bzw. im Zuge einer Einzelfallprüfung ein so genannter Härtefall bescheinigt wird
und
- ein geeigneter Nachweis erbracht wird, dass eine anderweitige Finanzierungsmöglichkeit z.B. über Krankenkassen, sozialpsychiatrische Zentren, Vereine, Verbände

oder auch Unterhaltspflichtige nicht gegeben und eine Kostenübernahme im SGB II oder im SGB XII nicht vorgesehen ist.

Die Prüfung der Leistungsberechtigung erfolgt ausschließlich über anerkannte Beratungsstellen, welche im Vorfeld vom Amt für Soziales und Senioren benannt werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Für den Änderungsantrag stimmt die CDU-Fraktion. Gegen den Änderungsantrag stimmen die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP.

Danach stellt Herr Kluth den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung.

Beschluss:

Einschlägige Frauenberatungsstellen stellen zunehmend fest, dass insbesondere Frauen mit psychosozialen oder sozialen Problemen nicht in der Lage sind, die Kosten für ärztlich verordnete Schwangerschaftsverhütungsmittel aufzubringen.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Sozialausschuss, dass die Verwaltung ein Verfahren entwickelt, um diese Frauen zu unterstützen.

Dieses Verfahren sollte sich an folgenden Grundsätzen orientieren:

1. Es bezieht sich auf Frauen mit ausdrücklich psychosozialen oder sozialen Schwierigkeiten, die im Besitz eines Köln-Passes sind.
Psychosoziale Schwierigkeiten sind beispielsweise Gewalterfahrungen, Sucht- oder Suchtfolgenerfahrungen, psychische Erkrankungen, Bedrohung von Obdachlosigkeit.
2. Die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel können übernommen bzw. bezuschusst werden. Die Entscheidung hierüber trifft eine anerkannte Stelle nach dem Schwangeren- und Familienhilfegesetz nach entsprechender Beratung.
Ein Rechtsanspruch auf diese Leistung besteht nicht
3. Die Gesamtsumme der Kostenübernahme wird auf 150.000 Euro/p.a begrenzt, die innerhalb des Sozialtats zu decken sind.
Die Mittelzuweisung erfolgt quartalsweise.

Das konkretisierte Verfahren ist dem Ausschuss für Soziales und Senioren und dem Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Grün zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Für den Antrag stimmen die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegen den Antrag stimmt die FDP-Fraktion. Die CDU-Fraktion enthält sich.

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

8.1.1 Entwicklung von "Suppenküchen" in Köln hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2009 AN/0700/2009

Antwort der Verwaltung 3351/2009

Da es sich bei der Antwort der Verwaltung um eine Tischvorlage handelt, stimmen die Ausschussmitglieder darin überein, diesen Punkt auf die nächste Sitzung zu vertagen.

8.1.2 Präventions- und Beratungsarbeit im Bereich männlicher Prostitution hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.06.2009 AN/2560/2008

Die Beantwortung der Verwaltung wird als Anlage zur Niederschrift umgedruckt.

8.2 Aktuelle Anfragen

8.2.1 Einbehalt der Beiträge für Krankenkasse und Rentenversicherung durch die ARGE hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 14.08.2009 AN/1302/2009

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren.

8.2.2 Aufgabe und Bedeutung der Verbraucherzentrale für die Stadt Köln hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.08.2009 AN/1231/2009

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren.

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

9.1 Anerkennung als Interkulturelles Zentrum hier: Antrag Offene Welt - Italienische Kultur im Dialog e.V., Zugweg 22, 50677 Köln 2129/2009

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Anerkennung des Vereins „Offene Welt – Italienische Kultur im Dialog e.V.“ Zugweg 22, 50677 Köln, als Interkulturelles Zentrum.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.2 Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Gemeinwesenarbeit 2009: Fördervorschläge der Verwaltung (Teil 3) 2743/2009

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der bürgerschaftlichen Gemeinwesenarbeit gemäß der beigefügten Anlage 1*.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse im Rahmen der haushaltsrechtlichen Regelungen unverzüglich auszuführen.

**Diese Anlage ist der Niederschrift nicht mehr beigefügt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.3 Veränderung der Antragsfristen sowie Auszahlungsmodalitäten für die Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozial- und Gesundheitsbereich 2768/2009

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses „Selbsthilfegruppen“ der Ausschüsse für Soziales und Senioren sowie Umwelt, Gesundheit und Grün:

1. Förderanträge der Selbsthilfegruppen im Sozial- und Gesundheitsbereich sind ab sofort bis zum 01.06. des laufenden Jahres zu stellen.

2. Ab 2010 erhalten Selbsthilfegruppen im Sozial- und Gesundheitsbereich

- bei bislang mindestens zweimaliger Bezuschussung einen Abschlag in Höhe von 75 % der Vorjahresförderung,
- bei bislang nur einmaliger Bezuschussung einen Abschlag von 20 % der Vorjahresförderung.

Voraussetzung für die Abschläge sind die Vorlage des Verwendungsnachweises sowie die Tatsache, dass haushaltsrechtliche Einschränkungen nicht entgegenstehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.4 Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich 2009 2876/2009

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses Selbsthilfegruppen der Ausschüsse für Soziales und Senioren sowie Umwelt, Gesundheit und Grün, im Haushaltsjahr 2009 die Selbsthilfegruppen im Sozialbereich gemäß der beigefügten Anlage 1* zu fördern.

Die Restmittel erhält die Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln (KISS Köln) zur Unterstützung städtisch nicht geförderter, originärer Selbsthilfegruppen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse – abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen - im Rahmen der haushaltsrechtlichen Regelungen unverzüglich auszuzahlen.

** Diese Anlage ist der Niederschrift nicht mehr beigefügt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.5 Vergabe von Mitteln für Antirassismus-Training, hier: Untersuchung "Zur gesellschaftlichen Relevanz des Rechtsextremismus im türkischen Milieu allochthoner Jugendlicher und Heranwachsender" 2951/2009

Herr Ensmann bittet um Erläuterung des Begriffs „allochthon“ und regt an, solche Fremdwörter künftig zu erläutern.

Erläuterung der Verwaltung:

Zur Unterscheidung von der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund werden Zugewanderte mit Migrationshintergrund oder einer anderen Staatsangehörigkeit zusammenfassend häufig in der Wissenschaft als „allochthon“ bezeichnet.

Der Gegenbegriff zu „allochthon“ ist „autochthon“.

Beschluss:

Von den im Haushaltsplan 2008/2009 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen, veranschlagten Mittel für Antirassismus-Training in Höhe von 50.000 € werden in 2009 in einem vierten Schritt Mittel in Höhe von 15.000 € an die Forschungsstelle für Interkulturelle Studien (FIST) der Universität zu Köln vergeben, vorbehaltlich der uneingeschränkten Verfügbarkeit der Mittel.

Die Verwaltung wird ermächtigt die FIST zu beauftragen, in einer aufeinander aufbauenden

(Teil-) Untersuchung erste Teilergebnisse und Hinweise zur gesellschaftlichen Relevanz des Rechtsextremismus im türkischen Milieu von Jugendlichen und Heranwachsenden mit Migrationshintergrund zu erforschen und in Berichtsform vorzulegen.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Integrationsrates.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.6 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum, hier: Logos-Verein für russische Kultur und Bildung e.V., Homarstr. 64, 51107 Köln 3271/2009

Herr Kellner bittet die Verwaltung, den Verein „Logos“ darauf hinzuweisen, dass es sinnvoller sei, die Vielfalt und den Dialog zu betonen. Die Ziele des Vereins seien seiner Auffassung nach sehr national bzw. russisch orientiert. Im Vergleich dazu entsprechen die Ziele des Vereins „Offene Welten“ (siehe Beschlussvorlage TOP 9.1) mehr dem, was er befürworte, d.h. eine internationale Gesinnung, gegenseitiges Verständnis und Vielfalt.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt – vorbehaltlich der ungeänderten Zustimmung des Integrationsrates - die Anerkennung des Vereins

„Logos-Verein für russische Kultur und Bildung e.V.“, Homarstr. 64, 51107 Köln, als Interkulturelles Zentrum.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.7 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training 3464/2009

Beschluss:

Für Maßnahmen im Rahmen des Antirassismus-Training im Jahr 2009 werden in einem dritten Schritt Mittel in Höhe von 20.470 € gemäß Anlage 1* vergeben:

Die Kostendeckung erfolgt aus den im Haushaltsplan 2008/2009 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen, veranschlagten Mitteln für

- a) Antirassismus-Training (im Umfang 12.405 €) und
- b) Zuschuss für Aktionsprogramm gegen Gewalt und Extremismus (im Umfang von 8.065 €),

vorbehaltlich der uneingeschränkten Verfügbarkeit der Mittel:

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Integrationsrates.

** Diese Anlage ist der Niederschrift nicht mehr beigelegt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

10.1 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel

**hier: Restfinanzierung begonnener Maßnahmen
3393/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, aus den im Haushaltsplan 2008/2009 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, in Zeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagten Mitteln für Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung im Rahmen des Konzeptes „Wir im Quartier“ – Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel für das Jahr 2009 Zuschüsse an den Verein Miteinander leben e.V. in Höhe von 4.170 € sowie an das Bürgerzentrum Ehrenfeld e.V. in Höhe von 3.646 € zu leisten.

Er bittet die Verwaltung, die im Haushaltsplan 2008/ 2009 für die Förderung im Rahmen des Konzeptes „Wir im Quartier“ noch nicht gebundenen Mittel in Höhe von 273.896 € nach 2010 zu übertragen.

Weiterhin beschließt der Ausschuss die Restfinanzierung der für die Jahre 2008/2009 bereits bewilligten Maßnahmen bis zum Ablauf der maximal 2-jährigen Förderdauer, längstens jedoch bis zum 30.11.2010 im Rahmen der verfügbaren Restmittel in Höhe

von 273.896 €, vorbehaltlich der Übertragung dieser Restmittel in das Haushaltsjahr 2010 (Ermächtigungsübertragung).

Er beauftragt die Verwaltung (vorbehaltlich der Ermächtigungsübertragung nach 2010), die Zuschüsse bis zum projektierten Ende der jeweiligen Beschäftigungsmaßnahmen, längstens jedoch bis zum 30.11.2010 auszuzahlen und darüber hinaus vorliegende oder eingehende Anträge mit einem Maßnahmebeginn ab dem 01.07.2009 ablehnend zu bescheiden.

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Finanzausschuss beschließt

- für das Haushaltsjahr 2009 die Freigabe der Mittel in Höhe von insgesamt 7.816 €, sowie
- für das Haushaltsjahr 2010 – vorbehaltlich der Ermächtigungsübertragung – die Freigabe der Restmittel aus 2009 in Höhe von 273.896 €

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

11.1 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren 2009 - Verteilung bisher nicht verausgabter Fördermittel - 3181/2009

Herr Helling bittet, einen Hinweis in die Niederschrift aufzunehmen, da in der Beratungsfolge der Ausschuss für Soziales und Senioren vor dem Integrationsrat vorgesehen sei.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf den Beschluss vorbehaltlich der Entscheidung des Integrationsrates zu fassen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat vorbehaltlich der Entscheidung des Integrationsrates die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt, aus im Haushaltsplan 2008/2009 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15 Transferleistungen veranschlagten, bisher nicht verteilten Mitteln zur Förderung von Interkulturellen Zentren die Förderung folgender Einrichtungen:

Förderung des Interkulturellen Zentrums „Verein für Interkulturelle Bildung und Austausch e.V.“

in Höhe von 8.000 € (Förderkategorie Mittleres Zentrum)

Förderung des Vereins Offene Welt e.V. - Italienische Kultur im Dialog – in Höhe von 8.000 € (Förderkategorie Mittleres Zentrum)

- vorbehaltlich der Anerkennung als Interkulturelles Zentrum durch den Ausschuss Soziales und Senioren am 20.08.2009 -

= insgesamt 16.000 €

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11.2 Schaffung von Wohnraum im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Mündelstraße 52, 51065 Köln (Mülheim). 4846/2008

Herr Schleicher erläutert zu den beiden Beschlussvorlagen unter TOP 11.2 und 11.3, von den vorgesehenen 30 Häusern seien inzwischen fünf im Bau. Weitere 15 Häuser seien ebenfalls in der Bearbeitung, wovon zwei heute zur Beschlussfassung vorliegen.

Nachfolgend stellt Herr Kluth die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt die Planung zur Schaffung von Wohnraum im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Mündelstr. 52, 51065 Köln – Mülheim (Gemarkung Mülheim, Flur 2, Flurstück 1373) durch Sanierung oder Neuerstellung eines Wohngebäudes nach vorherigem Abbruch der bestehenden Aufbauten.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln mit den Vorplanungen (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen von Fachingenieuren (Bodengutachten, Immissionsbelastungen etc.) zur Beurteilung des Bauvorhabens oder der Baukosten einzuholen.

Die voraussichtlichen Planungskosten belaufen sich auf rd. 90.000,00 €.

Zur Finanzierung der Planungskosten sind im Teilfinanzplan 1003 Wohnen bei der Finanzstelle 5620–1003–0-5100 Neubau Sozialhäuser für 2009 Auszahlungsermächtigungen in ausreichender Höhe veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.3 Schaffung von Wohnraum im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Morkener Straße 20, 50767 Köln (Heimersdorf).
5074/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt die Planung zur Schaffung von Wohnraum im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Morkener Str. 20, 50767 Köln - Heimersdorf (Gemarkung Longerich, Flur 10, Flurstück 194) durch Sanierung oder Neuerstellung eines Wohngebäudes nach vorherigem Abbruch der bestehenden Aufbauten.

Die Verwaltung wird ermächtigt, ein Architekturbüro mit den Vorplanungen (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen von Fachingenieuren (Bodengutachten, Immissionsbelastungen etc.) zur Beurteilung des Bauvorhabens oder der Baukosten einzuholen.

Die voraussichtlichen Planungskosten belaufen sich auf rd. 90.000,00 €.

Zur Finanzierung der Planungskosten sind im Teilfinanzplan 1003 Wohnen bei der Finanzstelle 5620–1003–0-5100 Neubau Sozialhäuser für 2009 Auszahlungsermächtigungen in ausreichender Höhe veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.4 Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
hier: Erfahrungsbericht und Entscheidung über Erweiterung der Zahl der
stimmberechtigten Mitglieder
2901/2009**

Herr Meschig dankt im Namen der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender für die bisherige sehr konstruktive Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung. Beispielhaft nennt er einige der Themen mit denen sich die Stadtarbeitsgemeinschaft beschäftigt habe. Insgesamt ziehen die sechs stimmberechtigten Mitglieder der lesbischen, schwulen und transgender Organisationen ein sehr positives Resümee und schließen sich dem positiven Votum der Verwaltung in diesem Bericht an und möchten diese Arbeit gerne weiter fortsetzen.

Bezüglich der Erweiterung der Stadtarbeitsgemeinschaft haben die stimmberechtigten Mitglieder einen Kriterienkatalog entwickelt und bitten die Politik bei Neuaufnahmen um Prüfung anhand der Kriterien. Bei der Entscheidung über Neuaufnahmen sei den bisherigen stimmberechtigten Mitgliedern wichtig, dass die neu aufgenommenen Or-

ganisationen auch die Zustimmung aller Fraktionen finden. Falls die Kriterienprüfung durch die Politik heute noch nicht abgeschlossen sein sollte, bitten die stimmberechtigten Mitglieder um eine Verschiebung der Erweiterungsfrage.

Frau Wilden kritisiert die Aufnahme des Vereins Looks e.V.

Herr Pohl (FDP) unterstützt die Aufnahme von Looks in die Stadtarbeitsgemeinschaft. Er fragt, ob beide Antragsteller die Kriterien erfüllen.

Herr Meschig erklärt, der Kriterienkatalog sei sehr umfassend. Die Beurteilung der Antrag stellenden Organisationen auf der Grundlage der Kriterien sei von den Fraktionen zu entscheiden. Die stimmberechtigten Mitglieder möchten zu dieser Frage kein Votum abgeben.

Herr Kluth erklärt, der Ausschuss habe nun über diese Beschlussvorlage, welche die Erweiterung der Stadtarbeitsgemeinschaft um die beiden Vereine, Looks und SchWIPS vorsieht, zu entscheiden. Er betont, Looks und SchWIPS seien bekannte Vereine, deren Arbeit seit Jahren unterstützt werde. Seines Erachtens runden die beiden Vereine das Gesamtbild der Stadtarbeitsgemeinschaft ab. Herr Kluth stellt abschließend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat nimmt den Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender über die in den Jahren 2006 bis 2009 geleistete Arbeit und die Empfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender zur Kenntnis.

Der Rat beschließt, die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender weiter fortzusetzen.

Außerdem beschließt der Rat, in den Kreis der stimmberechtigten Mitglieder jeweils eine Vertreterin bzw. einen Vertreter von Looks e.V. und SchWIPS e.V. aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11.5 Bürgerzentrum Chorweiler - Kosten für Erneuerungs- und Sanierungsmaßnahmen 3105/2009

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt zur Finanzierung der anteiligen Aufwendungen für sicherheitstechnische Maßnahmen im Bürgerzentrum Chorweiler zahlungswirksamen Mehraufwand in Höhe von 484.566,18 € im Teilplan 0502, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, Zeile 13, Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2009.

Die Deckung erfolgt durch entsprechenden zahlungswirksamen Wenigeraufwand im Teilplan 0501, Soziale Hilfen, Zeile 15, Transferaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11.6 Toilettenkonzept 0801/2009

Herr Ladenberger merkt ausdrücklich an, der bestehende Mangel an barrierefreien Toiletten sollte im Verwaltungskonzept stärker berücksichtigt werden, da ansonsten der alte Missstand nur weiter fortgeschrieben werde.

Herr Helling teilt mit, der Beschlussvorschlag sehe vor, die Verwaltung zu beauftragen, für die unter a) der ersten Priorität genannten Maßnahmen, Detailplanungen einschließlich der Betriebs- und Folgekosten zu erarbeiten. Seiner Ansicht nach seien damit die Betriebs- und Folgekosten für die U-Bahn-Haltestellen Deutz/Messe, Rudolfplatz, Äußere Kanalstraße sowie Tiefgarage Kaiser-Wilhelm-Ring zu ermitteln.

Herr Helling betont, es sei darauf zu achten, dass diese Toilettenanlagen vollständig barrierefrei errichtet werden. Er spricht sich dafür aus, dies, falls notwendig, als Ergänzung in den Beschlussvorschlag aufzunehmen.

Herr Ensmann begrüßt, dass die Problematik der Barrierefreiheit hier nochmals thematisiert werde. Er geht jedoch davon aus, dass das Büro der Behindertenbeauftragten in das Verfahren involviert sei und dafür Sorge trage, dass diese Toilettenanlagen barrierefrei errichtet werden.

Frau Reinecke teilt mit, der Beschlussvorschlag sehe verschiedene Prioritäten vor. Zunächst handele es sich um die Wiederinbetriebnahme von vier Anlagen und deren barrierefreien Ausbau.

Weitere Vorschläge zielen darauf ab, Restaurants, Cafés und Geschäfte zu nutzen. Diese Nutzung von Toiletten komme in der Regel für Menschen mit Behinderung in der Regel nicht in Frage, da Restaurants und Cafés in Köln in den seltensten Fällen über barrierefreie Toiletten verfügen. Bei den Geschäften gebe es bestimmte Öffnungszeiten, zu denen die Toiletten zugänglich seien. Außerhalb dieser Geschäftszeiten und an den Wochenenden seien die Toilettenanlagen jedoch geschlossen.

Frau Reinecke betont, wenn man also bei der ersten Priorität des Beschlussvorschlages bleibe, werden sich für behinderte Menschen, die auf barrierefreie Toiletten angewiesen seien, keine wesentlichen Änderungen ergeben.

Die Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hierzu sei jedoch gewesen, neue barrierefreie Toilettenanlagen zu errichten. Frau Reinecke erklärt, daher sei es aus ihrer Sicht problematisch, dass die Errichtung neuer barrierefreier Toi-

lettenanlagen zunächst zurückgestellt werde. Es sei wichtig, die vorgeschlagenen Standorte in Prioritäten zu fassen und dann das Konzept weiter auszubauen.

Auf Nachfrage von Herrn Kluth teilt Frau Reinecke mit, der vorliegende Beschlussvorschlag entspreche in dem Falle der Entscheidung über das Zurückstellen zusätzlicher Toiletten nicht ihrer Empfehlung als Behindertenbeauftragte.

Frau Rucker informiert, dass die Toilettenanlagen, die wiedereröffnet werden sollen, behindertengerecht sein werden. Eine weitere Anlage an der Venloer Str. / Innere Kanalstraße sei ausdrücklich ausgenommen worden, da sie nicht die Kriterien für die Barrierefreiheit erfülle.

Herr Kluth stellt abschließend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat nimmt die Vorschläge zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, für die unter a) der ersten Priorität genannten Maßnahmen Detailplanungen einschließlich der Betriebs- und Folgekosten zu erarbeiten, für die Maßnahmen b) bis d) entsprechende Verhandlungen aufzunehmen und die jeweiligen Ergebnisse zu den Maßnahmen a) bis d) dem Rat unter Darstellung der Finanzierung zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

12.1 Resolution zur "Barrierefreien Gestaltung des Bahnhofes Deutz/Messe" hier: Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus der Sitzung am 04.09.2008 4104/2008

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, folgende Empfehlung an den Rat zu geben:

„Der Rat möge beschließen:

Der Rat unterstützt die Intention der Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, die von der DB die Herstellung vollständiger Barrierefreiheit des Bahnhofes Deutz/Messe fordert.

Der Rat fordert die DB auf, nach dem Einbau von Aufzügen am östlichen Ende der Bahnsteige schnellstmöglich auch am westlichen Ende der Bahnsteige Aufzüge einzubauen.

Die Herstellung vollständiger Barrierefreiheit ist Bestandteil des geplanten Umbaus des heutigen Bahnhofs zu einem modernen ICE-Bahnhof. Sollte dieser Umbau jedoch mittelfristig nicht realisiert werden, wäre bereits vorab der Einbau von Aufzügen erforderlich.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

13 Anfragen

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

Herr Kluth erklärt zum Ende des öffentlichen Teils, dass er in der nächsten Wahlperiode nicht mehr als Ratsmitglied kandidieren werde. Er bedankt sich bei den Mitgliedern des Ausschusses und der Verwaltung für die gute und angenehme Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Herr Kluth wünscht für die Ausschussmitglieder in der neuen Wahlperiode eine ebensolche faire und kollegiale Zusammenarbeit. Für die ebenfalls ausscheidenden Ausschusskollegen Herrn Lierenfeld, Herrn Simons und Herrn Ünal wünscht er für die weitere Zukunft alles Gute.

Im Namen aller Ausschussmitglieder bedanken sich Herr Ensmann, Herr Helling und Frau dos Santos Herrmann sowie stellvertretend für die Verwaltung bedankt sich Frau Bredehorst bei Herrn Kluth für die gute Zusammenarbeit und Führung des Ausschusses für Soziales und Senioren und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.

gez. Kluth
(Vorsitzender)

gez. Kutzer
(Schriftführerin)